

Deutsch-französische Debatte verschoben

Verstimmung in Frankreich / Neuer Termin erst 2003

mic./elo. PARIS/BERLIN, 27. Juni. Zwischen Frankreich und Deutschland gibt es abermals Unstimmigkeiten. Bundestagspräsident Thierse (SPD) hat einen Vorschlag des französischen Parlamentspräsidenten Forni zurückgewiesen, noch in diesem Jahr sollten der Bundestag und die französische Nationalversammlung eine gemeinsame Sitzung abhalten. Statt dessen, so war am Mittwoch aus Parlamentarierkreisen zu erfahren, schlage Thierse vor, ein solches Treffen könnte zu Beginn des Jahres 2003 stattfinden. Als Datum wurde der vierzigste Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages, also der 22. Januar übernächsten Jahres, genannt. In Frankreich führte die deutsche Zurückhaltung gegenüber dem Vorschlag Forni zu Verärgerung. Der Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppe des Bundestages, der CDU-Politiker Schockenhoff, mutmaßte, Thierse habe grundsätzliche Bedenken gegen ein solches Treffen.

Schockenhoff sagte jedoch, wenn tatsächlich organisatorische Gründe einer Begegnung der beiden Parlamente noch in diesem Jahr im Wege stünden, so sei der vierzigste Jahrestag des Elysée-Vertrages ein gutes Datum. Übereinstimmend hieß es in deutschen Parlamentarierkreisen, ein Treffen im nächsten Jahr sei nicht zu bewerkstelligen. Als Begründung wurde angegeben, daß Frankreich im nächsten Jahr zunächst einen neuen Präsidenten wähle und anschließend sowohl die Nationalversammlung als auch der Bundestag gewählt würden.

Immerhin soll es im November dieses Jahres zu einer gemeinsamen Sitzung der Europa- und der Auswärtigen Ausschüsse beider Parlamente in Frankreich kommen. Zudem wollen sich nach der parla-

mentarischen Sommerpause die Präsidien der Nationalversammlung und des Bundestages zu einer gemeinsamen Sitzung treffen. Ende Mai hatten sich die Ausschüsse für Auswärtiges und für Europa beider Parlamente in Berlin zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen. Der Vorsitzende des Europaausschusses des Bundestags, der CDU-Politiker Pflüger, wies darauf hin, daß es auf deutscher Seite Widerstände gegen und intensive Diskussionen über den französischen Vorschlag einer gemeinsamen Plenarsitzung gegeben habe. Für einige Zeit habe er sogar den Eindruck gehabt, es gebe in Berlin das Bestreben, die französische Idee gänzlich abzulehnen. Pflüger wollte das jedoch nicht mit einer Person verbinden. Am Mittwoch zeigte er sich zufrieden mit dem Vorschlag, am vierzigsten Jahrestag des Elysée-Vertrages zusammenzukommen.

Als Signal für die Bereitschaft Frankreichs, den parlamentarischen Austausch mit Deutschland zu verbessern, hatte Forni seinen Vorschlag verstanden wissen wollen. Der sozialistische Parlamentspräsident hatte die Einladung an den Präsidenten des Bundestages an dem Tag publik gemacht, an dem in der Nationalversammlung über den Vertrag von Nizza debattiert wurde. Die Botschaft sollte heißen: Nizza ist nur eine Etappe, jetzt sollten wir gemeinsam über die Zukunft Europas debattieren. Forni wollte zudem zeigen, daß er die vom Premierminister in seiner Europarede geforderte Einbindung der nationalen Parlamente in die Debatte über Europa ernst nimmt. Auf die zurückhaltenden Reaktionen aus Berlin war Forni hingegen nicht vorbereitet. Er hatte gehofft, mit einem konkreten Terminvorschlag (22. November) noch rechtzeitig vor den Wahlen in Frankreich (April/Mai 2002) und

Deutschland zu einer deutsch-französischen Begegnung beitragen zu können, die sich von der Gipfeldiplomatie der Absichtserklärungen abheben sollte.

Forni Vorstoß wird vom Premierminister und den linken Parlamentsfraktionen unterstützt. Das Interesse an dem parlamentarischen Austausch wird auch vom rechtsbürgerlichen Lager geteilt. Der Präsident der deutsch-französischen Parlamentariergruppe in der Nationalversammlung, der Sozialist Jean-Marie Bockel, äußerte die Sorge, daß eine diplomatisch verklausulierte Absage aus Berlin zu einer Verstimmung führen könne. Bockel bemüht sich seit langem darum, die Kontakte zwischen Volksvertretern beider Länder zu verbessern. Am 10. Juli organisiert er etwa eine gemeinsame Parlamentarierreise zur Wiederaufbereitungsanlage in La Hague und kommt damit einer deutschen Anfrage nach.

Die Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Nationalversammlung hat sich in der Vergangenheit stets als schwierig erwiesen. Zuletzt kam es im Frühjahr 1997 zum Eklat, als der damalige Präsident der Nationalversammlung, der Neogaullist Séguin, wutentbrannt eine Reise nach Bonn absagte. Séguin hatte sich bemüht, mit der damaligen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth einen gemeinsamen Ausschuß zu gründen. Kurz vor der geplanten Unterzeichnung erhielt Séguin von Frau Süßmuth jedoch einen Brief, in dem sie ihm mitteilte, es bestehe auf deutscher Seite noch Beratungsbedarf. Das Projekt wurde anschließend nicht wieder aufgegriffen.